

Videüberwachung in der Hochschulbibliothek Koblenz zu Open Library Zeiten Informationsblatt gem. Art. 13 und 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung

Die Wahrung der Transparenz bei der Datenverarbeitung ist für die Hochschulbibliothek Koblenz von besonderer Bedeutung. Hiermit kommen wir Ihrem Informationsanspruch nach und teilen Ihnen folgendes mit:

Name und Kontaktdaten der Verantwortlichen und ihres Vertreters: Hochschule Koblenz Prof. Dr. Karl Stoffel Konrad-Zuse-Str. 1 56075 Koblenz
Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten Datenschutzbeauftragte der Hochschule Koblenz Konrad-Zuse-Str. 1 Email: datenschutz@hs-koblenz.de
Zwecke der Datenverarbeitung und berechtigtes Interesse: Die Bibliothek der Hochschule Koblenz verarbeitet personenbezogene Daten zum Zweck der Wahrnehmung des Hausrechts, zum Schutz des Eigentums und der Kriminalitätsprävention.
Rechtsgrundlagen: Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO, Art. 6 Abs. 1 lit. e DS-GVO i.V.m. § 2 HochSchG RLP, Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO
Speicherungsdauer und Kriterien für die Festlegung der Dauer: Während der regulären Öffnungszeit der Bibliothek findet keine Speicherung von personenbezogenen Daten in Form von Aufzeichnungen statt. Die während der Open Library - Zeiten per Videoaufzeichnung erhobenen personenbezogenen Daten werden, sofern kein Vorkommnis festgestellt wird, ohne Kenntnisaufnahme der aufgezeichneten Bilder unverzüglich gelöscht. Diese Frist beginnt der Überprüfung etwaiger Vorkommnisse durch eine verantwortliche Person, spätestens 72 Stunden nach der Aufnahme. Diese Zeitspanne verlängert sich durch in diesem Zeitraum liegende Feiertage, um im Fall einer notwendigen Beweiserhebung sicherzustellen, dass die Aufnahmen ausreichend lange vorgehalten werden können.
Empfänger oder Kategorien von Empfänger der Daten Interne Stellen: Leitung Bibliothek, bei Vorkommnissen Personalrat, Datenschutzbeauftragte Externe Stellen: Eine Weitergabe der Videoüberwachung erfolgt nur zu Beweis Zwecken an Polizei, Staatsanwaltschaft oder Gerichte. Die beweissichernden Bilder werden der Aufzeichnung entnommen und auf einen neuen Datenträger übertragen. Dieses Medium wird nach dem Stand der Technik verschlüsselt und den o.g. Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung gestellt.

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen:

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Rheinland-Pfalz ist die zuständige Aufsichtsbehörde: Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Postfach 30 40, 55020 Mainz; Hausanschrift: Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz